

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 19. Dezember 1901.

№ 147.

### Im Zeichen der Tarifbewegung.

Mit der Veröffentlichung und Herausgabe des Tarifgesetzes ist die Gehilfenschaft an allen Orten zu Beratungen zusammengetreten, um sich über die Einführung desselben zu verständigen und Maßnahmen zu beschließen, die etwa entgegenstehende Schwierigkeiten beseitigen könnten. Entsprechend dem Prinzip der Tarifgemeinschaft, die zwischen den Vertretern der Prinzipale und Gehilfen vereinbarten Lohnverträge unter allen Umständen zu respektieren, ist anzunehmen, daß die tariftreue Prinzipalität und Gehilfenschaft, ein jedes nach seiner Art, sich dieses Grundsatzes der Tarifgemeinschaft erinnern und die Einführung des revidierten Tarifgesetzes nach Kräften fördern wird. Ein Teil der Gehilfenschaft hat es seit Beendigung der Tarifberatung allerdings daran nicht ermangeln lassen, die vereinbarten Lohnbedingungen thumlichst in ihrem Werte herabzusetzen, es unterliegt aber andererseits keinem Zweifel, daß auch diese darauf nicht verzichten werden, das angeblich ungenügende Zugeständnis von ihren Prinzipalen zu verlangen; so wenigstens erfordert es die Disziplin unter der Gehilfenschaft. Während wir somit annehmen dürfen, daß die Gehilfenschaft allerorts einmütig auf dem Wege ist und unter Beachtung der ihr gegebenen Instruktionen ihren Mann stellen wird, scheint sich im Prinzipalstlager eine Strömung zu entwickeln, die der allgemeinen, gemeinsamen Einführung des Tarifgesetzes zuwiderläuft.

In Bezug hierauf verweisen wir auf die letzte Nummer der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, die zwei so eminent wichtige Kundgebungen zur Tarifeinführung bringt, daß wir denselben unsere Aufmerksamkeit in vollem Umfange zuwenden müssen. Die eine Kundgebung kommt von Prinzipalseite aus dem I. Tarifkreise und besteht in einer Demonstration gegen die Organisation der Kreisämter im allgemeinen und in einer Ablehnung der Beschlüsse des Kreisamtes I, betreffend die Erhöhung oder Neueinführung von Lokalzuschlägen. Nach der dieser Kundgebung beigefügten Erläuterung hat in Hannover eine Versammlung „tariftreuer“ Prinzipale stattgefunden, um ihre Tariftreue dadurch zu bekunden, daß sie die Lärmtrummel kräftig rührten, weil ihnen durch Beschluß des Kreisamtes ein Lokalzuschlag neben der tariflichen Erhöhung auferlegt worden war. Was man aus diesem Unwillen heraus sich nun in Form einer Resolution geleistet hat, versucht man durch die Zeitschrift weiteren Kreisen zugänglich zu machen, selbstverständlich mit dem Vorzuge und der Hoffnung, an anderen Orten Anhänger für die Wühlarbeit zu finden. Und was verlangt jene hannoversche Protestversammlung, deren Entrepreneure in Silberheim und Lübeck sitzen? 1. Die Mitglieder der Kreisämter sollen aus Urwahlen hervorgehen; 2. die Kreisämter sollen auch die Lokalzuschläge für die Tarifvorkorte festsetzen; 3. das Tarifamt soll alle Beschlüsse der Kreisämter auf Antrag nachprüfen. Und diesem Verlangen schließen die Herren Protektoren die Drohung an: daß sie die ihnen auferlegten Lokalzuschläge nicht früher zahlen

werden, als bis ihre Forderungen zugestanden und zur Durchführung gebracht sind.

Die Herren begründen ihr ganz unerhörtes Vorgehen damit, „daß sie als Provinz-Prinzipale durch die Kreisämter rücksichtslos majorisiert worden sind“. Wissen die Herren nicht, daß lediglich die Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Provinz für den Tarif-Ausschuß bestimmend war, die Festlegung der Lokalzuschläge für alle in Vorschlag gebrachten Orte den Kreisämtern, als einem mehr provinziellen Tariforgane, zu überweisen? Wie können die Prinzipale der verschiedenen protestierenden Städte von einem Majorisiertwerden reden, wenn sie es nicht einmal der Mühe wert hielten, der Einladung, vor dem Kreisamte zwecks Festsetzung eines Lokalzuschlages zu erscheinen, Folge zu leisten? Sind wirklich in dem einen oder anderen Falle die Lokalzuschläge durch ein Kreisamt zu hoch bemessen worden, so hat es wahrscheinlich an der Gegenrede und an Gegenbeweisen gefehlt. Sollten die Prinzipalmitglieder eines Kreisamtes etwa gegen die Gehilfendarlegungen plaidieren, ohne ihre Ausführungen mit Beweisen belegen zu können? Oder sollten sie gegen eine Erhöhung oder gegen eine Einführung eines Lokalzuschlages stimmen, bloß weil die Herren vielleicht aus Silberheim und anderen Orten sich nicht geneigt zeigten, der ergangenen Einladung Folge zu leisten? Das sind doch wunderbare Begriffe über das Majorisiertwerden und wir halten es für ausgeschlossen, daß unter der tariftreuen Prinzipalität der übrigen Kreise sich ein weiterer Anlauf für diese, rein persönlichen Motiven entspringende Hezarbeit gegen die Tarifgemeinschaft finden wird. Die Anforderungen, welche in den vorgenannten drei Punkten an den Weiterbestand der Kreisämter gestellt werden, sind organisatorischer Art und zum Teile wohl nicht unerfüllbar; hierüber zu befinden wäre Sache des Tarif-Ausschusses, dessen Beschlüssen wir aber durch unsere Meinungskundgabe nicht vorgreifen wollen. Vorläufig bestehen die Kreisämter in ihrer jetzigen Zusammensetzung und sind ihre Beschlüsse für diejenigen Firmen, welche als tariftreu gelten wollen, unbedingt bindend. Darüber, ob diese Beschlüsse abzulehnen sind, entscheiden nicht die Prinzipale der betreffenden Orte allein, sondern man wird über diesen Punkt wohl auch den Gehilfen das Recht der Mitentscheidung überlassen, wenn nicht, wie die Herren am Schlusse ihrer Resolution so friebfertig erklären, „die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft in ihrem Kreise ernstlich gefährdet sein sollte“.

So weit die eine Kundgebung; und nun die andre. Sie kommt aus Leipzig; dort hat am 8. Dezember eine Versammlung der sächsischen Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger unter Vorsitz des Herrn Mäser-Beipzig getagt. Schon bei Veröffentlichung der Tagesordnung für diese Versammlung stiegen uns Bedenken auf, und wir sehen aus dem nun veröffentlichten Protokoll-Auszuge, welche Dinge sich dort abgespielt haben. Die Versammlung nahm nach Berichten des Vorsitzenden und des Vertreters im Tarif-Ausschusse, Herrn Becker, Stellungnahme zur Einführung des Tarifgesetzes und zur Erhöhung des Gewißgeldes.

Das Resultat der Diskussion war folgende einstimmig gefaßte

Erklärung:

1. Die von den Prinzipalvertretern den Gehilfen gemachten Zugeständnisse überschreiten das Maß desjenigen, was von Prinzipalseite von vornherein als möglich bezeichnet worden ist und vom Gewerbe unter den herrschenden gedrückten wirtschaftlichen Verhältnissen getragen werden kann. Insbesondere ist es unverständlich, daß bei Bemessung des Staffeltarifgesetzes die bisher als ausreichend betrachteten Löhne der jüngeren Gehilfen eine Erhöhung erfahren haben und es dadurch sehr erschwert worden ist, den Löhnen der älteren Gehilfen jene Aufbesserung zu teil werden zu lassen, die ihnen die Buchdruckereibesitzer von vornherein zu gewähren geneigt waren; denn dadurch ist der eigentliche Zweck des Staffeltarifgesetzes verfehlt worden.

2. Die vom Tarif-Ausschusse beschlossene Erhöhung der Löhne von 21 bis 24 Mk. ausschließlich Lokalzuschlag ist, soweit sie Gehilfen im Alter bis zu 23 Jahren betrifft, ungerechtfertigt und dem Prinzip der Staffeltarifgesetzes völlig zuwiderlaufend.

3. Die Bestimmung, wonach Gehilfen von 23 Jahren und darüber, die schon jetzt einen Wochenlohn bis zu 24 Mk. ohne Lokalzuschlag beziehen, den höchsten Lohnzuschlag von 1,50 Mk. nebst dem darauf entfallenden Lohnzuschlag erhalten, während die Gehilfen mit mehr als 24 Mk. Lohn — es sind dies meist ältere und verheiratete — leer ausgehen sollen, ist ungerecht und namentlich für Orte mit Lokalzuschlägen undurchführbar.

4. Es ist den bisherigen Gepflogenheiten zuwiderlaufend, daß die beschlossenen Lohnzulagen noch mit Lokalzuschlägen belegt worden sind und dies Verfahren ist auch tariflich nicht begründet, da das Gewißgeld von den Lokalzuschlägen nur bis zum Minimum getroffen wird. Da das Tarifamt aber diese auch in den Beschlüssen des Tarif-Ausschusses nicht erkennbare Sonderlohnzulage in der Fachpresse offiziell vertreten ließ, so ist der Tarif-Ausschuß um schleunige Aufklärung darüber zu ersuchen.

5. Um einen Ausgleich in dem in Ziffer 3 bezeichneten Mißverhältnisse, namentlich an den mit Lokalzuschlägen belegten Orten, herbeizuführen, wird der Vorstand beauftragt, den Mitgliedern eine Vorlage über die Lohnzulagen zu machen, die es ermöglicht, die älteren Gehilfen mit zu berücksichtigen.

6. Dem Tarifamte ist von dieser Beschlußfassung Kenntnis zu geben.

Wir setzen dieser Erklärung zunächst die folgende gegenüber, für die wir der Zustimmung der gesamten deutschen Gehilfenschaft sicher sind:

1. a) Nachdem die in der Tarifgemeinschaft vereinigte deutsche Prinzipalität durch ihre beauftragten Vertreter im Tarif-Ausschusse zugegeben hat, daß die Lebensbedingungen eine derartige allgemeine Steigerung erfahren haben, daß eine Aufbesserung der Gehilfenlöhne in Höhe der beschlossenen Tarifsätze als gerecht und billig anzusehen ist, muß ein Angriff auf diese Beschlüsse des Tarif-Ausschusses als widerrechtlich zurückgewiesen werden. Eine Entschuldigung für diesen Angriff darin zu suchen, „daß die gegenwärtig herrschenden gedrückten wirtschaftlichen Verhältnisse“ der beschlossenen 5 bis 7 1/2 prozentigen Lohnerhöhung entgegenstehen, kann gehilfenseitig nicht zugegeben werden. Tarifverträge, wie die unserigen, können in ihren Bestimmungen nicht abhängen von einem guten oder gedrückten Geschäftsgange, weil sie für gute und schlechte Zeiten abgeschlossen werden. Die Gehilfenschaft hat dieser vertragmäßigen Pflicht in den Jahren 1896 bis 1901 strengstens Rechnung getragen und es ist ihr nicht eingefallen, die langjährige Periode des besten Geschäftsganges zu benutzen,

um für ihre durch stetig sich verteuernde Lebensbedingungen gedrückten wirtschaftlichen Verhältnisse bessere Lohnverhältnisse zu erzielen. Die sächsische Prinzipalsversammlung liefert mit ihrer Erklärung den Beweis, daß sie das Wesen einer Tarifgemeinschaft noch nicht begriffen hat, denn sie steht auf dem Standpunkte, daß sie den gegenwärtigen geschäftlichen Tiefstand trotz des nicht gekündigten, also weiter laufenden Tarifvertrages von 1896 dazu benutzen könnte, die als Teuerungszulage bewilligte Lohnaufbesserung noch um einige Prozente tiefer zu drücken.

b) Daß durch die Aufbesserung des Lohnes der jüngeren Gehilfen im Alter bis zu 21 Jahren um 50 Pf. und derjenigen von 21 bis 23 Jahren um 1 Mark „die Aufbesserung der Löhne der älteren Gehilfen sehr erschwert worden und dadurch der eigentliche Zweck des Staffeltarifes verfehlt worden ist“, verstehe wer will; wir haben für solche Beweisführung kein Verständnis, wohl aber das Gefühl, daß mangels ausreichender Gründe für die noch dunklen Absichten die Beweise an den Haaren herbeigezogen werden sollen. Wir bemerken nur, daß gegenüber der prinzipalseitig aus Gründen der Verteuerung der Lebensbedürfnisse zugestandenen Lohnaufbesserung die Zulagen von 50 Pf. und 1 Mk. auch bei den jüngeren Kollegen „wohl nicht das Maß dessen überschreiten“, was ihnen wie den anderen gewährt werden sollte um der Verteuerung willen.

2. Wenn Gehilfen im Alter unter 23 Jahren bisher mehr als das Minimum an Lohn empfangen, so war dieses Mehr lediglich ihren Leistungen angemessen; aus Humanität haben weder die sächsischen noch andere Prinzipale einen höhern Lohn gezahlt. Wenn diese Gehilfen ihrer Leistung entsprechend entlohnt wurden, so muß ihnen logischerweise bei einem verbesserten Tarife doch ebenfalls diejenige Lohnhöhe zu teil werden, um welche ihre Altersklasse im Minimum erhöht worden ist. Das Prinzip des Staffeltarifes ist ferner nicht, den jüngeren Gehilfen an das Minimum zu fetten, sondern es steht in seinem freien Willen, für dieses oder einen höhern Lohn seine Arbeitskraft anzubieten.

3. Daß die Gehilfen von 23 Jahren und darüber mit einem Wochenlohn von 24 Mk. eine Zulage von 1,50 Mk. nebst Lokalzuschlag erhalten sollen, ist nach jener sächsischen Prinzipalsversammlung „ungerecht, weil die meist älteren und verheirateten Gehilfen mit mehr als 24 Mk. Lohn leer ausgehen sollen“. Wer verlangt denn eine derartige „Ungerechtigkeit“ von den sächsischen Prinzipalen? Wir halten es für selbstverständlich, daß auch die Löhne der besser bezahlten Gehilfen eine Aufbesserung erfahren, und es hat dem Tarif-Ausschusse nichts ferner gelegen, als der sächsischen „Gerechtigkeit“ und Humanität in den Arm zu fallen. Warum aber der Tarif-Ausschuß den einstimmigen Beschluß gefaßt hat, daß die Löhne bis zu 24 Mk. entsprechend der Aufbesserung des Minimums erhöht werden sollen, dürfte doch auch den Leitern jener Versammlung und dem Verfasser der „Erklärung“ kein Geheimnis sein. Leider bedarf es solcher Bestimmungen des Tarif-Ausschusses, um viele Prinzipale an ihre moralische Pflicht zu erinnern, auch die besser entlohnenden und tüchtigeren Gehilfen mit den Jahren aufzubessern.

4. Daß „die Zulagen für Löhne über Minimum noch mit Lokalzuschlägen belegt worden sind“, trifft im Grunde genommen gar nicht zu. Der Beschluß des Tarif-Ausschusses bringt zum Ausdruck, daß die Löhne vom Minimum aufwärts bis zu 24 Mk. um denjenigen Betrag innerhalb der Altersklassen zu erhöhen sind, um welchen die Minimumlöhne gestiegen sind; in Städten ohne Lokalzuschlag sind diese gestiegen um 50 Pf., 1 Mk., 1,50 Mk., in Städten mit Lokalzuschlag um soviel Prozente höher. Wenn man nun dem zum Minimallohn eingeschätzten Gehilfen um, sagen wir, 1,70 Mk. aufbessert, so entspricht es doch eben der „Gerechtigkeit“, dem bisher wegen seiner Leistungsfähigkeit um etwa 3 Mk. höher entlohnenden Gehilfen

dieselbe Zulage zu bewilligen, wie dem zum Minimum eingeschätzten Gehilfen, nämlich auch, 1,70 Mk. und etwas andres wollte der Tarif-Ausschuß doch nicht. Und wie erschrecklich kleinlich ist diese Feilscherei, dieses Herumnörgeln an der beschlossenen Lohnzulage, wenn man bedenkt, daß es sich bei einer Stadt mit dem höchsten Zuschlage von 25 Proz. um lumpige 13, 25 oder 38 Pf. handelt. Unter den sächsischen Städten aber ist nicht eine Stadt, die mit 25 Proz. Lokalzuschlag belegt ist, von im ganzen 9 Städten des Königreichs Sachsen hat 1 Stadt 2½ Proz., 2 Städte je 5 Proz., 1: 7½ Proz., 2: 10 Proz., 1: 12½ Proz., 1: 17½ Proz. und 1: 20 Prozent; bei allen diesen Städten macht also das ungeheure „Unrecht“, das der Tarif-Ausschuß begangen haben soll, noch nicht 13, 25 oder 38 Pf. aus. Und zu solchen nichtsagenden Stänkereien — wir finden keinen passenderen Ausdruck dafür — bedient man sich des Votums der sächsischen Buchdruckereibesitzer, nämlich: um sich in Leipzig an dem Tarif-Ausschusse reiden zu können, weil er der Großdruckstadt Leipzig 2½ Proz. Lokalzuschlag zugewiesen und damit einen Ausgleich herbeigeführt hat, der bedauerlicherweise seit Jahren unterblieben ist. Das ist der Grund für die Zusammenberufung der sächsischen Buchdruckereibesitzer und das ist die Ursache, warum unter allen Umständen gegen die Tariforganisation und damit gegen die Tarifgemeinschaft in der frivolsten Weise mobil gemacht wird. Fast will es uns scheinen, als schielt man als willkommener Verbündeten auf die große Zahl der Arbeitslosen und fürchtet sich nicht, einen kleinen Krach zu inszenieren. Die Leipziger und die übrigen sächsischen Prinzipalitäten, soweit sie an dieser den Frieden gefährdenden Arbeit schon jetzt beteiligt ist, mag es sich gesagt sein lassen, daß die Gehilfenschaft dazu nicht schweigen wird.

5. Auf den „Ausgleich in den Mißverhältnissen“, der für Sachsen — also für diese 9 Städte — unter Zulassenahme der Prinzipalität des ganzen Königreiches, die an diesem Ausgleich selbstverständlich nicht teilnehmen können, sind wir gespannt. Sollte es etwa das Prinzip der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ sein, von den tariflichen Löhnen einige Mark abzutreiben und damit in „humanitärer“ Weise die Löhne der „älteren und verheirateten“ Gehilfen aufzubessern? So lange die Tarifgemeinschaft besteht und der Tarif-Ausschuß der deutschen Buchdrucker — und nicht die Versammlung sächsischer Buchdruckereibesitzer — diejenige beauftragte Behörde ist, die Lohnfestsetzungen vorzunehmen hat, so lange wird sich die Gehilfenschaft an die Beschlüsse dieser Körperschaft gebunden erachten. Wir konstatieren hier aber ausdrücklich, daß die Teilnehmer an der sächsischen Versammlung durch ihren Beschluß zu Ziffer 5 Verrat an der Tariffache begangen und den Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker aufs gründlichste in seinen Rechten und Pflichten verletzt haben, ein Vorgehen, was der gesamten deutschen Prinzipalität nicht zur Ehre gereicht. Wir erwarten, daß der Tarif-Ausschuß der deutschen Buchdrucker in seiner Gesamtheit dagegen Front macht und sich dagegen verwahrt, daß außer ihm noch einseitige Körperschaften über tarifliche Bestimmungen Anordnungen erlassen, die wider seine Beschlüsse gehen.

Den Mitgliedern des Tarif-Ausschusses haben die Einberufer jener Versammlung von ihrer Verantwortung der Beschlüsse des Tarif-Ausschusses nichts zu wissen gethan. Der Weg in die Öffentlichkeit schien der zunächst gangbarste zu sein, und daraus ließ sich auf die Motive schließen, die zu jener Versammlung geführt haben. Die Gehilfenschaft wird sich trotz ihrer hochgehenden aber begreiflichen Erregung von ihrer durch den Tarif-Ausschuß vorgezeichneten ruhigen und sachlichen Arbeit für die Tariffache nicht ablenken lassen: Werden wir hierin von außen her daran verhindert, so werden wir der veränderten Sachlage Rechnung zu tragen wissen, aber die Verantwortung

der daraus entstehenden Folgen laden wir denen auf, welche die Friedensstörer sind. Die deutsche Prinzipalität ist es gottlob nicht, sondern es kommt wieder einmal von der Stelle, die von jeher der Ausgangspunkt schwerer Erschütterungen des Gewerbes gewesen ist. Wir raten ehrlich und dringend zur Umkehr, denn wir wollen den Frieden — aber nur auf dem Boden der Gleichberechtigung und des vereinbarten Tarifes.

## Korrespondenzen.

G.-r. Berlin. Am 17. November hielt die Freie Vereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend in den Arminalhallen ihre Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Mitteilung, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Verschiedenes und Fragekasten. Hierauf wurde das vom Schriftführer verlesene Protokoll ohne Debatte angenommen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Vorsitzende Heyland die Mitglieder darauf aufmerksam, stattfindende Wohnungsveränderungen dem Vorstande sofort mitzuteilen. Das Unterstützungsgesuch der Witwe eines Kollegen wurde durch Bewilligung von 20 Mk. aus der Vereinskasse erledigt. Ferner werden noch Sammelreisen unter den Kollegen zirkulieren, deren rege Benutzung empfohlen wird. Weiter teilte der Vorsitzende Vorgänge in einer hiesigen Offizin mit, anerkennend, daß die dortigen Kollegen richtig gehandelt haben. Hierauf wurde Kollege Peter Braun einstimmig zum Gauvorstandsmitglied wiedergewählt, welcher versprach, das Amt voll und ganz im Interesse des Vereins vertreten zu wollen. Aufnahme in den Verein fanden die Kollegen Ottomar Paul und Fischer, welche in üblicher Weise vom Vorstande begrüßt wurden. Ferner kam der Besuch der Sternwarte in empfehlende Erinnerung, indem es kein Kollege veräumen sollte, sich dort einige lehrreiche Stunden zu gönnen. Zum Schluß wurden die Mißstände unter den Kollegen einer hiesigen Offizin erörtert. Nachdem noch einige Interna erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

P. Sch. Glogau. Die am 20. November im Lokale der Stadtbrauerei hieselbst abgehaltene Bezirksversammlung zeigte einen befriedigenden Besuch. Es waren 46 Kollegen erschienen und zwar aus Glogau 34 (Mitgliederstand 51), Neuläß 6, Sprottau 4, Wohlau 1, Gubrau 1, während Grünberg, wo 4 Mitglieder konditionieren, nicht vertreten war. Auch war auf Einladung unser verehrter Gehilfenvertreter Schlag erschienen. Um 11½ Uhr wurde die Versammlung vom Bezirksvorsitzenden G. Hiescher eröffnet, er ließ die Erschienenen speziell die auswärtigen Mitglieder herzlich willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die heutigen Verhandlungen eine weitere gedeihliche Entwicklung des Bezirks herbeiführen möchten. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Bezirksversammlung durch den Schriftführer, welches zu Morita keinen Anlaß gab, gedachte der Vorsitzende in pietätvollen Worten des im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen Reinhardt Hiesbig in Sprottau und wurde dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf wurde vom Kassierer Friebe der Bericht über den Stand der Bezirkskasse zur Kenntnis gebracht, welcher eine Einnahme von 887,75 Mk. und eine Ausgabe von 261,85 Mk. aufwies. Der Kassenbestand betrug am 1. Oktober 605,90 Mk. An die auswärtigen Weber in Cunevalde wurden 20 Mk. und an die Glasarbeiter 15 Mk. gesandt. Nach Erledigung der einzelnen Situationsberichte der in Betradt kommenden Bezirksorte ergriff der Gehilfenvertreter Schlag-Preßlau das Wort zu seinem Berichte über die in Berlin gepflogenen Tarifverhandlungen. In einstündiger Rede gab der Referent einen Ueberblick über die Tarifverhandlungen. Neben führte der Versammlung sowohl die Erregenschaften als auch die nicht erfüllten Hoffnungen in klarer, sachlicher Weise vor Augen; wenn auch das Ergebnis nicht zu aller Zufriedenheit ausgefallen sei, so habe doch die Kollegenschaft sich größtenteils für den neuen Tarif ausgesprochen und er hoffe, daß auch der Bezirk Glogau demselben seine Zustimmung nicht vorenthalte. Anhaltender Beifall wurde dem Referenten am Schluß seines Vortrages gezollt. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 20. November in Glogau abgehaltene Bezirksversammlung erklärt sich nach Anhörung des Referates des Gehilfenvertreters Schlag mit den durch den neuen Tarif gebotenen Verbesserungen einverstanden und spricht den Gehilfenvertretern, speziell dem Kollegen Schlag, für die mühevolle Arbeit bei den Tarifverhandlungen den besten Dank aus. Dem Referenten wurde für den ausführlichen Bericht der Dank durch Erheben von den Plätzen dargebracht. Als Ort für den nächsten Bezirkstag wurde wiederum Glogau gewählt. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wie auf unsern werten Kollegen Schlag um 3 Uhr die Bezirksversammlung. Abends vereinigten sich die Kollegen in Gentesers Lokal und verblieben noch einige Stunden in kollegialer Gemütlichkeit beisammen. — Am 17. November beging der hiesige Ortsverein in Form eines Familienabends das 25jährige Jubiläum unsers Kollegen, des Korrektors Theodor

**Keller**, im Saale des Etablissements Friedensthal unter allgemeiner Beteiligung seiner Mitglieder und Angehörigen. Nach mehreren Musikpiessen hielt der Vorsitzende Hiesch er eine warm empfundene Glückwunschanrede und überreichte mit herzlichen Worten denselben die vom Bezirksvereine Glogau gewidmeten Geschenke, bestehend in einem prächtigen, mit entsprechender Widmung versehenen Bierseidel und einem Hilde, Gutenbergs ersten Druck darstellend. Anschließend hieran wurde von einem Mitgliede das Abendlied aus Gutenbergs Trauung vor Gespör gebracht. Um den Abend zu verschönern, gelangten seitens mehrerer Kollegen sowie eines Gastes Couplets, humoristische Szenen usw. zum Vortrage, welche den Vortragenden allgemeinen Beifall eintrugen. Nicht minder beifällig aufgenommen wurden die von einigen Mitgliedern des Kurvereins Jahrgang vorgeführten Marmorgruppen. Gegen Mitternacht verlas der Vorsitzende die bis dahin in großer Zahl eingegangenen Telegramme und Glückwünsche. Sichtlich ergriffen dankte der Jubilar. Das in allen Teilen wohlgeleitete Fest beschloß ein Länzchen. Erst in vorgerückter Morgenstunde trennten sich die Teilnehmer hochbefriedigt über den in schönster Harmonie verlaufenen Abend.

**Odenburg** i. Gr. Unter reger Beteiligung der Kollegen Odenburgs (darunter Senioren der Gewerkschaft) wurde am 7. Dezember abends 7½ Uhr in der Markthalle eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung abgehalten, um ein Referat des Gewerkschaftsrepräsentanten Lapproth über die im Oktober stattgefundenen Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Es erübrigt sich wohl an dieser Stelle, des näheren auf das Referat einzugehen, da die Resultate der betreffenden Verhandlungen den Kollegen ja aus dem Protokolle und den Artikelserien im Corr. bekannt sind. In der nach dem Referat stattgefundenen Diskussion wandten sich wohl einige Redner gegen einzelne Punkte der Abmachungen, wie Staffeltarif usw., welchem nicht allzu großes Vertrauen entgegengebracht wurde, im großen und ganzen konnte man aber doch ein Einverständnis mit dem Errungenen konstatieren. Eine Aussprache, welche zwischen den Verbandsmitgliedern, den keiner Organisation angehörenden Kollegen und den Odenburger-Bündern im Verlaufe der Diskussion stattfand, wirkte sehr aufklärend und wurde von den an zweiter Stelle genannten Kollegen sowie den Odenburger-Bündern wiederholt erklärt, dem neuen Tarife in seinem vollen Umfange zum 1. Januar zur Einführung zu verhalten; namentlich die letzteren werden damit am besten ihre Tarifstreue dokumentieren können. Auch darf man sich nach den Erklärungen eines älteren Odenburger Nichtmitgliedes wohl der Hoffnung hingeben, daß die Klust, welche 1891 die Kollegen Odenburgs in zwei Lager teilte, bald überbrückt sein wird und sämtliche Odenburger Buchdrucker wieder wie vordem unter einer Fahne marschieren werden, unter der des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der einzigen kompetenten Vertretung der deutschen Buchdrucker-Gewerkschaft im Tarif-Ausschusse. Was nun die Einführung des neuen Tarifes am hiesigen Orte anbelangt, so wurde in der Versammlung erwähnt, daß nach unläufigen Gerüchten die hiesigen Prinzipale nicht geneigt seien, alle Errungenschaften des neuen Tarifes den Gehilfen zu teil werden zu lassen, was sehr zu bedauern wäre, da dann nach den Auslassungen des Kreisvertreters die hiesigen Druckereien nicht mehr als tarifreue anzusehen seien, als welche sie doch die langen Jahre hindurch und jedenfalls nicht zu ihrem Schaden gegolten haben und es auch waren. Wir hoffen, daß diese Gerüchte sich nicht bewahrheiten und die hiesigen Prinzipale ebenso wie in allen anderen Städten ihre Tarifstreue wiederum damit bekräftigen, daß sie den Beschäftigten des Tarif-Ausschusses und des Kreis-Amtes weitgehendstes Entgegenkommen erweisen und uns der gewerbliche Friede in unserm Berufe auch in der Stadt Odenburg fernerhin erhalten bleibe. Von der Versammlung wurde am Schlusse der Diskussion nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die heute in Odenburg tagende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung kommt nach Anhörung des Referates des Gehilfenvertreter Lapproth zu der Ansicht, daß die Gehilfenvertreter bei Revision des Tarifes ihre Schuldigkeit gethan haben, und daß ferner in heutiger Zeit wirtschaftlichen Niederganges der Tarif anzunehmen ist. Die Versammlung verpflichtet sich, für den Tarif voll und ganz einzutreten, erwartet aber auch seitens der Prinzipalität weitgehendstes Entgegenkommen.

## Rundschau.

Der Berliner Vorwärts wird vom 1. Oktober n. J. ab in eigener Druckerei hergestellt, die mit den neuesten Maschinen und allen sonstigen technischen Neuerungen ausgestattet werden soll. Auch das Volksblatt für Harburg will sich eine eigene Druckerei zulegen, wenigstens wurde ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt.

In der Buchdruckerei von Scheiner in Würzburg ist am 14. Dezember Feuer ausgebrochen. Der erste Stoß des Hauses ist ausgebrannt.

Auch in den Vereinen des österreichischen Buchdruckerverbandes hat sich im dritten Quartale die wirtschaftliche Krise außerordentlich fühlbar gemacht. Während in dem gleichen Zeitraume des Vorjahres an 4930 Personen 135.465,40 Kr. an zentralisierter Unterstützung zur Ausgabe gelangten, waren es diesmal 172.470,62 Kr., welche an 7359 Personen zur zahlen waren. Die Unterstützungen verteilen sich wie folgt: 4732

Reisende erhielten 20781,60, 716 Arbeitslose am Orte 46184, 11 Ueberflüssige 551, 1419 Kranke 70055,20, 311 Waisen 4633, 162 Invalide 20858, 38 Begräbniskosten 9407,82 Kr. Die Mitgliederzahl stieg von 9481 am Anfange des Quartals auf 9653 am Ende desselben, während die Zahl der Nichtmitglieder um 82 zurückging und am Quartalschlusse 1198 betrug.

Der Verband der Buchdrucker-Gesangvereine in Oesterreich beschloß, sich zu Gunsten des neu gegründeten Verbandes der Arbeiter-Gesangvereine Oesterreichs aufzulösen.

Der Schriftsetzer Richard Zehntner in Wien, den die Buchdruckerei G. Moser daseibst als Offizinskassierer anstellte, obgleich er bereits 18 Monate wegen Unterschlagung im Gefängnisse verbracht hatte, wurde neuerdings zu acht Monaten schweren Kerkers, Zahlung der Prozesskosten und zum Schadenersatz verurteilt, weil er die kassierten Gelder veruntreute.

Presse. Amts- und Landgericht in Dresden wollen von dem fliegenden Gerichtsstande der Presse nichts wissen. In einem Prozesse eines Dresdner Beamten gegen eine auswärts erscheinende Zeitschrift der Nahrungsmittelbranche wegen Beleidigung wurde die Berufung des Klägers darauf, daß die Zeitschrift auch in Sachsen mehrfach verbreitet sei, dahin beantwortet, daß der Redakteur nicht für die Verbreitung, sondern nur für die Veröffentlichung haftbar sei, diese sei aber am Orte des Erscheinens erfolgt. — In dem Bänder-Organ Typograph war ein Seher aus Erfurt „Verbandschulter“ genannt worden, mit dem zu arbeiten die „Ehre angreife“. Auf erhobene Klage wurde, wie uns aus Kollegentreifen mitgeteilt wird, der Redakteur Zahl und der Einfänder Göge aus Renscheid vom Schöffengerichte in Erfurt zu 5 Mk. verurteilt. Auf die Äußerung Dahls, daß beide Organisationen das gleiche Ziel hätten, bemerkte der Gerichtsvorsitzende: „Warum thun sich denn die Verbände nicht zusammen, anstatt sich zu bekämpfen?“ Mit dem „gleichen Ziele“ hapterts eben! — Der Redakteur der Staatsbürger-Zeitung in Berlin hat einen Journalisten beleidigt. Es wurden demselben gelegentlich der Behandlung der Königer Morbassäre allerlei Dinge nachgesagt, für die sich kein Beweis erbringen ließ. Das Urteil lautete auf 250 Mk. Geldstrafe. Von Gefängnisstrafe sah der Gerichtshof nur deshalb ab, weil zu damaliger Zeit die Wogen der Erregung besonders hochgegangen seien.

In Treuen i. B. befindet sich die Ortskrankenkasse der Textilarbeiter mit den Ärzten in Konflikt. Die Kasse hat etwa 900 Mitglieder und zahlte an die Ärzte 1500 Mk. jährlich, später 2000 Mk. Auf Drängen des ärztlichen Bezirksvereins, der mit Anhängigmachung des ehrengriechlichen Verfahrens drohte, kündigten die Ärzte den Vertrag und berechnen nach Minimaltarif, womit sich natürlich die Kasse nicht einverstanden erklärt. Die Sache liegt dem Ministerium zur Entscheidung vor. Ein ähnliches Vorgehen einer Arbeiterorganisation wird bekanntlich von der bürgerlichen Presse als „Terrorismus“ gekennzeichnet.

In Magdeburg wurde ein Arbeiter aus Schönebeck, der für den Zentralverband der Maurer die Beiträge einholte, zu einem Monate Gefängnis verurteilt, weil er 152,60 Mk. der kassierten Beiträge für sich verbrauchte.

Das Saalbau-Unternehmen in Fürth, das von den Arbeitern unter schweren Opfern geschaffen wurde, ist in Konkurs geraten.

Zur Lage des Arbeitsmarktes. Die fortgesetzte Knappheit an Beschäftigung hat im November an den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands die Zahl der Arbeitssuchenden noch weit über die hohe Ziffer des Oktober hinaus, wo auf eine offene Stelle doch schon zwei Bewerber kamen, vermehrt. Auf hundert offene Stellen kamen im November 223,9 Arbeitssuchende. Im November vorigen Jahres war die Vergleichsziffer 169,3. Gegenüber dem Vorjahre ist an den Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angefallen sind, die Zahl der offenen Stellen um 2277 gefallen, die der Arbeitssuchenden dagegen um 12.447 gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten nach den Mitgliederlisten der Krankenkassen ging im Laufe des Monats um ein volles Prozent zurück, während sie in dem entsprechenden Monat des Vorjahres sich auf unveränderter Höhe erhalten hatte. Den nothleidenden Gewerben (Metalle und Maschinen, Elektrizität, teilweise Textilgewerbe) steht in einigen kleineren Erwerbszweigen eine etwas lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber; so in einigen Zweigen des Holzgewerbes, namentlich der Möbel- und Kistenfabrikation, in der Handschuhmacherei und (mit dem Weihnachtsgeschäft zusammenhängend) in der Kartonagenherstellung.

Eine Zählung der Arbeitslosen in Halle a. S. ergab die Ziffer von 2429, wovon 1562 verheiratet waren und 3116 Kinder hatten. Das ergibt insgesamt 7107 Personen!

Die Streiks sind zur Zeit auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Während noch im Monat Oktober das Streikverzeichnis des „Arbeitsmarktes“ 26 Streiks aufzählte, wurden im November d. J. nur 13 gezählt. Davon entfielen auf Metall- und Maschinengewerbe 4, auf Bekleidungs 3, auf Holz- und Schnitzstoffe sowie auf Baugewerbe je 2, auf Bergbau und Textilgewerbe je 1. Wie in der Zahl, so tritt auch im Umfange der Streiks der Rückgang hervor: eine größere Arbeitseinstellung hat während des Monats überhaupt nicht stattgefunden. Im November 1899 wurden 33, in dem gleichen Monate des Jahres 1900 deren 30 gezählt. Die augenblickliche Ge-

schäftslage verbietet ein aggressives Vorgehen von selbst, nicht minder dürfte die in den einzelnen Gewerkschaften eingeführten Streikreglements und schließlich die Tarifvereinbarungen zu diesem Rückgange beitragen. Zu neuerer Zeit scheinen die Unternehmer, in Vertretung der Thatfache, daß Maßhalten auch für sie vorteilhaft ist, das Wiederavstößen der Streiks befördern zu wollen.

Durch einen Brand der Nammgarnspinnerei Derendingen wurden 1200 Arbeiter brotlos, da der Betrieb gänzlich eingestellt werden mußte.

Auf der Schiffswerft von Koch in Lübeck wurden 600 Arbeiter auf fünf Tage ausgeperrt, weil sie ohne Erlaubnis der Verklebung an dem Begräbnisse eines verunglückten Arbeiters teilgenommen haben.

Die Unternehmer des Berliner Tapezierer-Gewerbes haben den am 1. März 1902 ablaufenden Arbeitsvertrag und den am 1. Februar ablaufenden Klebertarif gekündigt. Das gleiche geschah seitens der Steinbruch-Unternehmer des östlichen Deutschland, deren Vertrag mit den Arbeitern läuft ebenfalls am 1. März ab und hätte ohne Kündigung zwei weitere Jahre gegolten.

Die Aktienbrauerei Hildesheim hat in ihrer Generalversammlung beschlossen, ihre Arbeiter am Gewinne teilnehmen zu lassen und zwar sollen dem Arbeiterfonds regelmäßig dieselben Beiträge zugewiesen werden wie dem Aufsichtsrate.

Die Verordnung über Arbeiterjahre in Zinzhütten soll erst 27 Monate später in Kraft treten als ursprünglich angenommen war. Wissenschaftlich ist die gesundheitliche Schädigung und die Notwendigkeit der schleunigen Beseitigung der Gefahren für den Arbeiter hinreichend nachgewiesen, also dürfte diese Hinausschiebung wohl nur im Interesse der Unternehmer erfolgt sein.

Die Leipziger Volkskammer war jeiner Zeit am Ende ihres Lateins angekommen. Um den unvermeidlichen Konkurs zu vermeiden, stellten mehrere Aufsichtsräte ziemlich bedeutende Summen in das Geschäft, um es flott zu erhalten resp. eine günstige Bilanz zu erzielen. Wäre dieses Manöver bekannt geworden, so hätte dasselbe seinen Zweck verfehlt und so wurden die Aktionäre nicht davon unterrichtet. Eine solche „verschleierte Bilanz“ gestattet aber das Gesetz nicht und so kam es, daß die Herren von Rechts wegen verurteilt wurden. Unter Annahme mildernder Umstände wurde nur auf Geldstrafen erkannt und zwar von 11000 bis auf 500 Mk. herab. Damit ist der Kraach selbst, der eine Menge Beteiligten geschädigt hat, nicht abgethan und die Geschäftsgepflogenheiten, wie sie in jenen Kreisen üblich sind, nicht ins Licht gestellt — so notwendig eine solche Aufklärung wäre. Im vorliegenden Falle kam die Sache nur an die Öffentlichkeit, weil die betr. Herren „in ihrer gesellschaftlichen Stellung“ es glaubten riskieren zu können, im gegebenen Falle auch einmal das Gesetz zu umgehen.

In Schweidnitz wurde der Direktor der Orgelfabrik Schlag & Söhne, Wette, in Haft genommen. Es soll sich um Unterschlagungen in Höhe von 116000 Mk. handeln. Ein Stadtrat in Mülhausen (Els.) wurde von dem früheren Reichstagsabgeordneten Hueb öffentlich beschuldigt, Oktroi in Höhe von 14000 Mk. hinterzogen sowie Prozesskosten auf die Stadtkasse abgewälzt zu haben. Auf die von ersterm erhobene Klage erfolgte Freisprechung, da ein Klagepunkt verjährt, im übrigen aber der Beweis der Wahrheit erbracht sei. Da wird nun wohl der Kläger auf der Anklagebank Platz zu nehmen haben. In Pöln wurde ein Rechtsanwalt wegen Unterschlagung und Untreue zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. In Trier verurteilte das Kriegsgericht den Hauptmann Koch von der 6. Kompanie des 29. Infanterieregiments wegen Unterschlagung von Kantinengelbern, Mißhandlung Untergebener, falscher Bistierung der Dienstreise und nicht vorgeschriebener Bestrafung eines Soldaten zu sechs Wochen Stubenarrest und Dienstentlassung. Betreffs der Anklage auf schwere Urkundenfälschung erfolgte Freisprechung. Der Akteure hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt. In Basel brannte der Korrektor der Güterabfertigungsstelle des elsfässischen Bahnhofes mit 50000 Mark durch.

Unter den Bewerbern um eine Schumannsstelle in Kaiserlautern befand sich auch ein Volksschullehrer, der als Einjähriger gedient hat. In seinem diesbezüglichen Gesuche bemerkte er, sein bisheriger Beruf könne ihn nicht befriedigen — was bei einem Anfangsgehalt von 800 bis 1000 Mk. ja auch nicht zu verwundern ist. Bis dieser Lehrer im Volksschuldienste die höchste Sprosse erreicht, kann er es bei seiner Bildung zum Polizeikommissar einer größeren Stadt bringen, der in Bezug auf Gehalt und soziale Stellung mit keinem Lehrer tauscht.

Aus Konstantinopel kommt die wunderbare Mähr, daß die türkische Postverwaltung angeordnet habe, von den dortigen Einwohnern keine verschlossenen Briefe mehr anzunehmen, nur Postkarten.

## Singänge.

Bei Bedarf von Neujahrs- und Visitenkarten können wir die von Herrn Herm. Stölzer in Stuttgart hergestellten empfehlen. Das eingeprägte Buchdruckerwappen gibt denselben ein besonders elegantes Aussehen.

Für Alle Welt. Von dieser vom Deutschen Verlagshaus Bong & Co. herausgegebenen illustrierten Zeitschrift liegen die Hefte 8 bis 10 vor. Wer sich auf dem technischen Gebiete unterrichten will, dem wird diese Zeitschrift vorzügliche Dienste leisten. Daneben ist auch für Unterhaltung reichlich gesorgt und der Bilderschnitt trägt nicht wenig zum Verständnis der vorgeführten tech-

alichen Neuerungen bei. Preis des Vierteljahrs-Gefestes 10 Pf.

Die illustrierte West (Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart) bringt in den letzten Hefen eine auf Thatsachen aufgebaute Erzählung aus dem Burenkriege und einen Kriminalroman. Das letzte (9.) Heft ist zum großen Teile der Weihnachtszeit gewidmet. Diese Zeitschrift zeichnet sich ebenso durch ihren vortrefflichen und gut gewählten Bilder Schmuck wie durch mannigfachen Inhalt aus und dürfte bei ihrem billigen Preise (30 Pf. pro Heft) allen Ansprüchen genügen.

Von der illustrierten Zeitschrift Zur Guten Stunde ging uns das 16. Salonheft zu. Von diesen Salonheften erscheinen jährlich 18 à 60 Pf. Dieselben berücksichtigen neben dem der Unterhaltung gewidmeten Teile vornehmlich die Zeitgeschichte in Wort und Bild und geben in einem Anhang den Frauen allerlei wirtschaftliche Winke. Eine Gratisbeigabe in Ostbar bringt zur Zeit Otto Ludwigs Trauerpiel Die Makabrier.

**Briefkasten.**

E. B. in Bg.: 1. Nein; 2. die Lieferung voller Kästen kann nur die Entschädigung für Kastenwechsel überflüssig machen, niemals aber zur Kürzung prozentualer Aufschläge berechtigen. — S. in München: Sogar mit zwei Nichtigstellungen wurden wir traktiert, die in vorliegender Nummer ihre Erledigung gefunden. Besten Gruß und Dank. — G. in Halle a. S.: Besten Dank für freundliche Einladung, wird sich aber vorläufig nicht verwirklichen lassen. — R. in Fr.: 0,75 Mt. — R. in E.: 3,50 Mt. — N. S. 3: 4 Mt.

**Verbandsnachrichten.**

**Frankfurt-Oeffen.** Abrechnung pro 3. Quartal 1901. Verbandskasse: Einnahme (einschl. 7600 Mt. Vorschuß) 23 687,90 Mt., Ausgabe 20 892,18 Mt., zurückbehaltener Vorschuß pro 4. Quartal 2790 Mt., an den Hauptkassierer abgeandt 5,72 Mt. — Gausaffe: Einnahme (einschl. 11 236,45 Mt. Vermögen) 13 918,58 Mt., Ausgabe 2 635,28 Mt., Vermögen am Schlusse des Quartals 11 283,30 Mt. — Berausgabe wurde an

Reise-Unterstützung 5878,05 Mt., Arbeitslosen-Unterstützung 5473,75 Mt., sonst. Unterstützung 50 Mt., vorübergehend Arbeitsunfähige 7624,50 Mt., dauernd Arbeitsunfähige 918,25 Mt., Begräbnisgeld 435 Mt., außerordentlicher Unterstützung 30 Mt. — Aus der Zentral-Invalidentafel i. Bg. wurden 8 Invaliden mit 736 Mt. unterstützt. — Bewegungstatistik: Mitgliederstand Ende des 2. Quartals 1901 1288, neu eingetreten 16, wieder eingetreten 5, zugereist 91, vom Militär 9, zusammen 1409; abgereist 111, zum Militär 3, ausgetreten 1, ausgeschlossen 22, invalide geworden 1, gestorben 3, Mitgliederstand Ende des 3. Quartals 1268. — Arbeitslos waren 213 Mitglieder 6644 Tage, frank 161 Mitglieder 5491 Tage. — Zahl der Drucker 35.

**Charlottenburg.** Der Ortsverein beschloß in seiner letzten Versammlung denjenigen Mitgliedern, welche in der Zeit vom 1. Oktober bis zum Weihnachtsfeste mindestens 8 Wochen konditionslos waren und auch denjenigen Mitgliedern, welche 8 Tage vor Weihnachten arbeitslos sind, unter der Bedingung, daß dieselben nicht mehr als 6 Reize haben, 3 Mt. als Extra-Unterstützung zum Weihnachtsfeste zu bewilligen, welche vom Kassierer Hölzner Sonntag den 22. Dezember ausgezahlt werden.

**Leipzig.** Der Seher Hermann Schröder aus Hamburg und der Drucker Richard Tauscher aus Chemnitz werden aufgefordert, sich binnen acht Tagen im Vereinsbüro zu melden, widrigenfalls Ausschuß erfolgt.

**Neuwied a. Rh.** Bei Konditionsangeboten aus hiesigen Orte oder aus Udenach wolle man erst Erkundigungen beim Kollegen Max Potenhauer, Rheinstraße 18, einziehen.

**Säckingen.** In der Buchdruckerei von Straß ist ein Konflikt ausgebrochen; dieselbe ist für Verbandsmitglieder gesperrt.

**Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Wir machen die nach Desterreich reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß seitens der österreichischen Hauptverwaltung die bisher mit 4 Tagen benehene Reiseroute „Grenze bei Eisenhof — Pilsen“

aufgehoben und dafür eine kürzere Route „Grenze bei Röhaupt — Pilsen“ mit 3 Reisetagen neu eingeführt worden ist. — Die Herren Reisekassierwalter werden ersucht, dem Seher Georg Helbig aus Berlin (Hauptb.-Nr. 31807) gemäß § 11 Abs. 2a die Reiselegitimation abzunehmen und nach hier einzufenden. — Dem Seher Edwin Peter aus Saasa sind auf der Reiselegitimation 42 Unterstützungstage zuzuschreiben. Ueber die Erledigung dieser Notiz ist im Quittungsbuch des Betreffenden eine diesbezügliche Eintragung zu machen. — Dem Drucker Wilhelm Schmitz aus Opladen (Hauptb.-Nr. 40399) ist wegen Verschweigen einer achtwöchigen Kondition in Wittsburg gemäß § 11 Abs. 2c das Quittungsbuch abzunehmen und nach hier einzufenden.

**Wiesbaden.** Das dem Seher Wilhelm Eß gehörige Verbandsbuch, unter der Hauptb.-Nr. 37777 und der Gau-Nummer 2082 unterm 11. August d. F. ausgestellt, ist demselben angeblich auf der Reise von Wiesbaden nach Mannheim abhanden gekommen. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt und ist demselben ein neues Buch unter der Gau-Nummer 2083 ausgestellt worden.

**Zentral-Kommission der Maschinenmeister Deutschlands.**

Bezugs Veröffentlichung des Adressenverzeichnisses ersuchen wir die verehrlichen Vereine, uns die Veränderungen, soweit dieselben nicht im Cor. gefunden haben, mit zuteilen.

Ferner sind Vereine gegründet worden in Darmstadt: R. Schäfer, Emsilstraße 27, III; Flensburg: Ch. Laban, Glücksburgerstraße 48; Heilbronn: W. Koepler, Wartbergstraße 25, I; Hildesheim: S. Schinke, Hintern Brühl 12, p; Krefeld: M. Nühle, Peterstraße 100; Plauen i. V.: C. Erbarth, Karstraße 71.

Um Einsendung der Beiträge für das Jahr 1901 wird hierdurch gebeten.

Berlin SO 37, Manteuffelstraße 59, II. Im Auftrage: Oskar Teske.

**Druckerei**

Einrichtung (Seher) für halben Preis (1900 Mt. bar) zu verkaufen. Werte Off. erb. unt. B. K. 1888 an Rudolf Mosse, Breslau.

**Tiegeldruckpresse**

vollständig neu, zum Stanzen und Prägen geeignet, für Fuß- und Kraftbetrieb eingerichtet, Drucktiefe 48:55 cm, lichte Weite des Schriftzuges 43½:48½ cm, ist billig und unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Beste Offerten unter Nr. 997 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Postkompreß**

6:10 und 10:15 cm, als Weihnachtsgeschenk passend. Billig zu verkaufen. 998 J. Möhner, Leipzig, Königsstr. 5.

**Junger Seher**

im Werk, Zeitungs-, Tabellen- und Kleinern Accidenzlage bewandert, sucht in einer tarifreuen Druckerei sofort Kondition. Werte Off. erb. an Max Fischer, Hinteln a. d. Weiser, hauptpostlagernd.

**Junge Witwe**

mit Haus u. Geschäft w. sich in Wäde wieder mit tücht. Fachmann zu verehelichen. Werte Offerten erb. unter W. S. 296 hauptpostlagernd Stuttgart.

**Neuheit! Billig!**



**Brochen**

als passendes Geschenk für Damen send. geg. Einsendg. von Mt. 2,95 portofrei zu Graph. Versandhaus Th. Leibius, Stuttgart, Calwerstraße 52. Illustrierte Preisliste gratis und franko!

**Weihnachten**

steht vor der Thür, und damit drängt sich die Frage auf: Was soll ich trinken? Auf diese Frage findet der Buchdrucker nur im Graphischen Anzeiger die richtige Antwort. Der reich illustrierte Inhalt des festlichen ist so mannigfaltig, daß jeder etwas Passendes darin finden kann. Es wird sich auch hier der Spruch bewahrheiten: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Die Zufriedenung des Gr. Anz. erfolgt unentgeltlich und portofrei. Werte Bestellungen erbittet die Expedition des Graphischen Anzeigers in Halle a. S. [834]

**Achtung!**

Jeder sein eigener Arzt! „Bilz“ (Das neue Naturgeb. 12,50 Mt., reich illust., geg. Nachn. oder 11. Monat. 3. Bez. d. E. Selitz, Berlin, Wilmstr. 26.)

**Typographia** \* \* \* Gesangverein \* \* \* Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser.

Sonntag den 29. Dezember, abends präzis 6 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57:

**Weihnachtsfeier.**

Konzert, Gesang, Prolog, Kinderbescherung. — Berliner Alt-Exco. — Tanz.

Zur Ausführung gelangt: Weihnachtsfondine mit Gesang in einem Aufzuge vom Kollegen Hermann Krause.

**Eintrittspreis (Garderobe)** für Mitglieder, deren Damen sowie für Mitglieder-Kinder von 14 bis 18 Jahren 20 Pf. Jeder Erwachsene hat für ein Kind die Garderobe frei. — Gäste zahlen 50 Pf. einschl. Garderobe.

Gillets sind freitags abends in den Arminhallen sowie bei den aktiven Mitgliedern zu haben. — Aktiver Beteiligung sieht entgegen Der Vorstand. [997]

**Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdr.**

Sonabend den 28. Dezember:

**Grosses Weihnachtsvergnügen**

im Hammonia-Gesellschaftshaus, Hohe Weichen 30 (Großer oberer Saal)

verbunden mit Gesangs- und humoristischen Vorträgen, Theater-Aufführung unter freundl. Mitwirkung bester Kräfte, Kinderbescherung mit Tannenbaum. — Große Scherperlosung mit Lieberalungen für Damen, Pappentelonaße und Ball usw.

**Großer Jubel und Trubel!**

Im Programme u. a.: Die beiden Herren Lieutenants, Lustspiel mit Gesang in 1 Aufzuge von Joh. Ludw. Weber.

Eintritt für Mitglieder, deren Damen und Kinder (gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte) frei. Einschulungskarten à 75 Pf. (gültig für einen Herrn nebst Dame und ein Kind) sind beim Vereinsbureau sowie bei den Komiteemitgliedern zu haben. [707]

Anfang 8½ Uhr. — Am regste Beteiligung ersucht Das Festkomitee.

**Buchdrucker-Orchesterverein Halle a. S.**

Mittwoch den 1. Weihnachtstfesttag, vorm. 11½ Uhr, im Englischen Hofe, bei Kollege F. Pirschky:

**Grosses Weihnachts-Konzert.**

Sonntag den 19. Januar 1902, abends 5 Uhr 55½ Min., in Pirschkys Festsälen:

**IV. Concilium allotriae**

unter Mitwirkung hervorragender Künstler der Halleschen Kollegenschaft und der gesamten urfidelen Confratres-Musiel. Schlager-Programm. Eintritt 15 Pf.

Zu beiden festlichen Veranstaltungen werden die Kollegen hiermit freundlich eingeladen. [989]

**Halle a. d. Saale.**

Zum Weihnachtsfeste bringt den Kollegen sein reichhaltiges Lager guter und preiswerter Zigarren in freundliche Erinnerung. [990]

Gustav Geil, Wärmiltzerstr. 97, II.

**Transport v. Maschinen u. Geldschranken**

jeder Größe von Raum zu Raum. Uebernahme von Anlagen jeder Art. [984]

Transportgeschäft Paul Werner, Berlin, Einemstr. 6. — Teleph. Amt IV, Nr. 2026.

**Plauen i. V.**

Sonabend, 21. d. M., abends 7½ Uhr: Versammlung im Restaurant zum Esstertafel. Am 1. Weihnachtstfesttage Frühshoppen im weißen Saal. [996]

**Zum Betriebe**

meiner Neujahrs- und Winkelharten mit Buchdruckerarbeiten sucht solche Leute

H. Stähler, Stuttgart. [991]

Muster 20 Pf. Bei Bezug Rückvergütung.

**Danksgiving.**

Die mir anlässlich meiner 30jährigen Zugehörigkeit zum Verbands von so vielen Seiten, auch aus dem Ausland, zugekommenen Glückwünsche, insbesondere die herzlichsten Ebrungen von Seiten des verehrten Gauverbandes wie des Bezirksvereins Reig haben mich zu uns ausbreichlicher Dankbarkeit verpflichtet, der ich nicht besser Ausdruck geben zu können glaube, als daß ich auch fernerhin ein treues Verbandsmitglied sein und bleiben werde. [992]

Es leben. Wilhelm Rudolph.

**Am 13. Dezember verstarb nach kurzem Kranklager**

unser lieber Freund und Kollege, der Schriftsetzer

**Wilhelm Fischer**

aus Weddingstedt (Holstein) im 38. Lebensjahre. [993]

Sein biederer, kollegialischer Charakter sichert ihm ein ehrendes Andenken.

Hamburg, den 15. Dezember 1901.

Die Kollegen der Neuen Hamburger Zeitung.

**Todes-Anzeige.**

Am 13. Dezember verstarb im städt. Krankenhause hieselbst unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

**Friedrich Merkle**

im Alter von 95 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren. [997]

Die Kollegen der Chr. Fr. Müllerschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe (Baden).

**Richard Härtel, Leipzig-N.**

Buchhandlung und Antiquariat liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Die typogr. Pflanzungen. Versuch einer Geschichte der Setzmaschinen. I. Abteil. Die verschiedenen nichtmaschinenmäßigen Satzbesetzungen. Von Hugo E. [998]

Seben erschienen: Almanach für Buchdrucker pro 1902. Zugleich Neujahrsheft für Arbeiter der graph. Gewerbe. Unter Mitwirkung mehrerer Fachgenossen herausgegeben von Geur. Haber. 15. Jahrg. Preis 2 Mt.

Verleger: E. Döblin, Berlin. — Verantwortl. Redakteur: J. B.: C. Eichler in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Radefki & Hille in Leipzig. Sierau eine Beilage.

## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Wenn wir diesmal den ganzen Monat November zu einer Rundschau der bemerkenswertesten Vorgänge zusammenfassen, so tragen wir damit den für uns jetzt recht bewegten Zeitverhältnissen Rechnung. Wir sehen uns zu dieser Einschränkung umso mehr gezwungen, je unbefugter ein kleiner Teil unserer Leser von dem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch macht; wenn diese Kategorie von gelegentlichen Mitarbeitern die Leitlinie unseres Organismus bisweilen zu einem recht zweifelhaften Vergnügen macht, so ist das sehr beauerlich, noch schlimmer aber die dadurch zur Unmöglichkeit werdende Ausnützung des Raumes zu vernünftigen Sachen. Den Schaden von solchen Expektorationen haben mithin die Allgemeinheit der Leser und die Redaktion des Corr. gleichermaßen zu tragen. Wir bedauern uns darob nicht minder als unsern stattlichen Leserkreis, doch der Schmerzschrei nach dem Helben, der uns unbefugdet um die Wahrung der freien Meinungsäußerung aus dieser Wüste führen könnte, verhallt ungehört und unsre Klage tönt fort und fort, der Appell an die Vernunft gelangt eben nie an seine richtige Adresse.

Also in gedrängtester Kürze einen Ueberblick über die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise befand am 23. November, daß wohl eine über den gewöhnlichen winterlichen Umfang hinausgehende Arbeitslosigkeit bestesse, doch habe dieselbe noch nicht den Charakter eines Notstandes angenommen, mit welcher Möglichkeit jedoch bestimmt bei Eintritt des strengen Winters zu rechnen sei. Diese vermeintliche Konstatierung einer Tatsache hilft jedoch in nichts an Schönfärberei ein, wenn Regierungsorgane oder Stadtmagistrate gleiche Anschauungen veräußern lassen. Die angeblich vorhandene halbe Million wirklicher Arbeitsloser in Deutschland wird eben durch die Brille der Gesellschaftsklasse betrachtet, der eine findet sich durch diese Wahrnehmung absolut nicht beunruhigt, der Arbeiter aber ist, trotzdem er die obige Zahl für zu niedrig angeben hält, schon durch diese unzulängliche Entwicklung auf das Äußerste erschreckt. Und man kann sich nur auf Seiten der zweiten Klasse stellen, läßt man die einzelnen Merkmale an sich vorüberziehen. Wenn z. B. der deutsche Außenhandel in den ersten drei Quartalen dieses Jahres eine Verminderung der Einfuhr um 2369813 Doppelzentner gleich 80,9 Millionen Mark Wert und hinsichtlich der Ausfuhr eine solche von 5294138 Doppelzentnern im Werte von 44,6 Millionen Mark Wert aufweist, so ist damit die fatale Verbindung mit vielen anderen Erscheinungen gegeben. Daß in Berlin im Oktober mindestens 50000 Arbeitslose gezählt werden konnten, zehn Berliner Filialen der Gewerkschaften mit Arbeitslosen-Unterstützung im dritten Quartale dieses Jahres für diesen Zweck 87645,92 Mark gegen 49384,40 Mark in der gleichen Periode des Vorjahres ausgeben mußten, sind ebenso markante Punkte in der Kette der Folgeerscheinungen der allgemeinen Stockung als nicht minder der bedauerliche Rückgang unferer Verbandsjahres um über 80000 Mk. im dritten Quartale. Wenn weiter in den 457 Herbergen zur Heimat bis Ende September die Zahl der Durchreisenden bereits so hoch wie im ganzen Jahre 1900 war, die Verpflegungsstationen sich auch schon um 11 Proz. vermehrt hatten, so sind die erbaulichen Feststellungen der bekannten Kasseler Konferenz von Regierungs- und Städtevertretern im Vereine mit hervorragenden Industriellen vollends der Lächerlichkeit verfallen. Besonders im rheinisch-westfälischen Industriebezirk häufen sich die Arbeiterentlassungen mehr und mehr, nicht minder die Nachrichten über Lohnreduktionen, die oftmals mit großer Härte erfolgen. Werkwüßigerweise wissen aber eingegangene Berichte aus der Textilindustrie von einer Belebung in den mitteldeutschen Bezirken zu melden. Wenn nun auch von einer allgemeinen Besserung in dieser Branche nicht die Rede sein kann, so hat diese Industrie mit dem mitgeteilten Faktum wieder ein neues Rätsel aufgegeben: wie sie in der Hochkonjunktur brach gelegen, so macht sie bei der gegenwärtigen allgemeinen Depression eine alleinige Ausnahme, wie lange, ist allerdings eine Frage für sich. — Unter solchen Umständen ist natürlich wenig Neigung zu Streiks und Lohnbewegungen in der Arbeiterschaft vorhanden. Im Gegenteil, in einzelnen Branchen — wir nennen nochmals das Leipziger Baugewerbe — gehen die Arbeiter Verlängerungen der gegenwärtigen Lohnverträge ein, wenn von ihrer Seite auch deren Geltungsdauer abzukürzen beantragt wird. Die Feinde des neuen Tarifes im Buchdruckergewerbe oder richtiger gesagt die zur wahren Beurteilung und Bedeutung seines Wertes unfähigen Kritiker mögen sich diese Tatsache nur gründlich hinter die Ohren schreiben. In der Nr. 5 der Zeitschrift Der Arbeitsmarkt befindet sich übrigens ein wertvoller Artikel, der scharf gegen die von etlichen Arbeitgebervereinigungen geplante Durchbrechung von Tarifverträgen zu Felde zieht und den großen Vorteil von festen Verträgen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern

gerade in Krisenzeiten hervorhebt. Die Erweiterung und Verallgemeinerung des Tarifverhältnisses sei am besten geeignet, die für beide Teile gleich schlimmen Folgen der Preisunterbietung fernzuhalten. Mit anderen Worten: die Arbeitgeber müßten in ihrer Allgemeinheit bedeutend rühriger für die Ausgestaltung und Verbreitung der Tarifgemeinschaftsibee sein, mit welcher Ansicht uns besonders aus dem Herzen gesprochen ist. — Um noch die getroffenen Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit zu erwähnen, sei anerkannt, daß die Behörden doch schon ein größeres Verständnis für diese eine ihrer vielen Aufgaben bezeugen. Ob dies aber auf den 17. November, als dem Tage der vor 20 Jahren erfolgten Anbahnung einer Sozialreform in Deutschland zurückzuführen, ist zum mindesten fraglich. Wenn in der damaligen Botschaft Wilhelm I. an den Reichstag gesagt wird, „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich in der Repression der sozialdemokratischen Ausschreitung, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“, so wissen die Arbeiter jetzt genau, was von diesen Verheißungen nicht in Erfüllung ging.

Das am 1. Januar n. J. in Kraft tretende Gesetz betreffend die privaten Versicherungsunternehmungen bereitet den Gewerkschaftsorganisationen schon hier und da Ungelegenheiten. Wir hatten beabsichtigt, fraglicher Materie einen speziellen Artikel zu widmen, die Realisierung dieses Vorhabens ward jedoch vereitelt, nicht zuletzt durch die eingangs erwähnten Produkte ungebeter Mitarbeiter. Es sei deshalb ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Beschlüssen des deutschen Reichstages vom 3. Mai d. J. die Vorschriften dieses Gesetzes auf Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Unterstüzungen in Aussicht stellen ohne einen Rechtsanspruch darauf zu gewähren, keine Anwendung finden; ein Regierungsvertreter hat überdies bei der Beratung erklärt, daß „gewerkschaftliche wie irgend andere Organisationen, welche sich auf dem Gebiete des Versicherungswesens betätigen, unter keinen Umständen unter das Gesetz fallen werden“.

Der Kollaterale vor den Hamburger Accordmaurern ist, wie bereits unter Rundschau gemeldet, ohne jeden Erfolg unternommen worden. Die Schützlinge der hervorragendsten Parteiführer haben es für wahr famos verstanden, die ihnen so günstige Konjunktur auszunützen. Man möchte tiefes Mitleid mit diesen akademisch und autodidaktisch gebildeten Protektoren empfinden, wenn die Komödie namentlich in ihrem dritten Akte nicht so beunruhigend sich entwickelt hätte. Zwar will man ja so ziemlich allgemein diesen Abschluß vorausgesehen haben, was natürlich den Thatfachen nicht entspricht, und wäre nun froh, wenn über die recht unangenehme Sache meterhohes Gras wachsen würde. Im vierten Aufzuge der neugelegenen Komödie schlagen die Hamburger Biederer mit den Göttern nun ihren Gegnern den Schädel ein, werden auch wohl noch öfter von der Justiz des Klassenstaates ihre ramponierte Ehre flüchten lassen und dabei in ihren Klageanträgen den Zentralverband der Maurer als sozialdemokratisch denunzieren. Die abgegebene Erklärung, „nach wie vor ihren Parteistandpunkt zu wahren“, werden sie aber trotz alledem und alledem treulich durch Einwendung der Beiträge an die Berliner Hauptkasse bewirklichen, vielleicht auch sind sie inzwischen als alte bewährte Genossen in dem Parteiverein zu Altona hoch willkommen geheißen!

Bei uns Buchdruckern pulsierte frisches, reges Leben. Der neue Tarif gab viel zu raten auf, die Teuerungszulage bis zu der 24 Mk.-Grenze war fast zu einem Welträtsel geworden, bis dann unser verehrter Kollege Schlichter an drei Stellen zugleich eine große Leuchte anzündete, die nun wohl jedem den richtigen Weg durch den Neuen weisen wird. Mitten hinein in diese Wirrnisse kam aus dem biergelegneten München die erfreuliche Kunde einer parlamentarisch-sozialpolitischen Großthat. Was die bayerische Kammer der Abgeordneten am 30. Oktober bei der Beratung über neue Grundzüge für die Vergebung staatlicher Arbeiten als Normen festsetzte, bedeutet eine tatsächliche offizielle Anerkennung der Tarifgemeinschaften. Dem Abgeordneten Huber (übrigens Fachmann und Mitglied unferer Organisation) gebührt das Verdienst dieses schönen Erfolges. Mit gemächteren Gefühlen werden die Mitglieder des Verbandes wohl von der Abnahme unferer Organisationsvermögens Kenntnis genommen haben, die Kritik geht eben um und heißt ihre Opfer. Zu unferer Freude können wir aber von einer fast allgemeinen Hebung der Geschäftslage in unserm Gewerbe berichten, deren Umhalten wir von Herzen wünschen. — Die Lust zur Gründung von neuen Druckervereinen ist noch immer eine ziemlich große; unter Hinzuzählung der Nachmeldungen verzeichnen wir nämlich an Druckervereinigungen im ersten Quartale d. J. 30, im zweiten 37 und im dritten 31, da hier aber noch Nachträge zu erwarten stehen, so bleibt unsre mitgeteilte Verwunderung also berechtigt. — Konkurrenz von Buchdruckereien ge-

langten im dritten Quartale vier zu unfer Kenntnis, im zweiten Jahresviertel konnten wir dieselbe Anzahl angeben. — Konflikte dürften mehrere stattgefunden haben, zu einer wirklichen Arbeitsniederlegung scheint es aber nirgends gekommen sein.

Die Buchbinder in Stuttgart haben in der Bereinigung der Arbeitgeber des Buchbindergewerbes eine entschiedene Förderin ihrer Tariffrage gefunden. Der von derselben erlassene Mahnruf an die Tarifignoranten könnte den Leipziger Großbuchbindereien als vorbildlich gelten, wird aber an der Pleiße wohl wirkungslos verpuffen. — Die Zentral-Frankenkasse der Buchbinder bestand Anfang November 25 Jahre. Mitgliederzahl Ende 1900 8470, Kassenbestand 220000 Mk.; insgesamt wurden in dem Vierteljahrsum 2120000 Mk. verausgabt. (Fortf. folgt.)

## Korrespondenzen.

**Danzig.** Am 8. Dezember, mittags 11 1/2 Uhr, fand im Schuhmachergewerkschause die ordentliche Monatsversammlung statt. Ausgenommen wurden 5 und ausgeschloffen 2 Kollegen. — Ueber die Sitzung des Kreisamtes vom 10. November in Breslau hielt der Vorsitzende, welcher dieser Sitzung als Vertreter Danzigs beigewohnt, einen längeren Vortrag und erläuterte eingehend die Gründe, welche zur Ablehnung einer Erhöhung des Sozialzuschlages für Danzig mitgewirkt haben. Die Versammlung billigte auch, daß von Seiten des Vorstandes eine Revision beim Tarif-Amt nicht beantragt worden ist. — Nun wurde die Vorstandswahl festgesetzt (siehe Nr. 146 des Corr.). Nachdem dann noch ein Bibliothekar, drei Jahresrevisoren, drei Krankentrollenre und das Vergütungskomitee gewählt waren, schloß der Vorsitzende, indem er den Anwesenden fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschte, mit einem Hoch auf den Verband die letzte ordentliche Monatsversammlung dieses Jahres. — Der Bericht in Nr. 138 vom 28. November, betreffend unsre Monatsversammlung vom 3. desselben Monats, enthält am Schlusse einen Irrtum, den wir hiermit richtig stellen wollen: Nachdem Kollege Bulla seinen Vortrag über das Gewerkschaftsstatut gehalten und zum Beitritte aufgefordert, wollte der Vorsitzende Nagrozki diesen Punkt der Tagesordnung bis nach Neujahr 1902 zurückgestellt haben, um erst den Ausgang der Einführung des revidierten Tarifes abzuwarten. Der Beitritt zum Kartelle wurde erst abgelehnt, nachdem noch mehrere Redner für und gegen den Anschluß sich ausgesprochen hatten.

**Sißfeldorf.** Mit einer ansehnlichen Zahl der hiesigen Mitglieder unternahm der Vorstand am 1. Dezember, nachmittags, die Mission, den Berufsgenossen der Nachbarstadt Neuh durch die Einberufung einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung einen Besuch abgustatten. Leider mußte wahrgenommen werden, daß die dortigen Gehilfen einem Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zugänglich sind, indem von den etwa 40 dort beschäftigten Buchdruckern mit Ausnahme von zwei dort ansässigen Verbandsmitgliedern keiner erschienen war, demgegenüber der Geschäftsführer der Neuh-Grevenbroicher Zeitung es sich jedoch nicht hatte nehmen lassen, den Verhandlungen beizuwohnen. Kollege Müller-Essen hatte es in einem Reserate übernommen, den Wert einer Organisation im Hinblick auf die tariflichen Abmachungen zu schilbern; derselbe wies auf die Verschwiegenheit der gegründeten Arbeiterorganisationen, welche sich aus politischen Parteien gebildet, warnend hin, dagegen sei eine einheitliche Organisation für die Bestimmungen eines Lohn- und Arbeitsgesetzes von wesentlicher Bedeutung. Dieses hätten die Buchdrucker stets begriffen, aus welchem Grunde dieselben schon in den 60er Jahren ein Bestimmungsrecht in Sachen des Lohngesetzes ausgeübt hätten, welches in den Jahren 1873 bis 1890 wiederholt erneuert wurde. Im Jahre 1896 wurden bekanntlich Verbesserungen, namentlich betreffs Verkürzung der Arbeitszeit vorgehen. Die Widerwärtigkeiten für die einzelnen Mitglieder hatten mit diesem Jahre ihr Ende erreicht, und die Ausgaben des Jahres 1891 waren in unseren Kassen um ein Bedeutendes wieder weggemacht. Die Organisation des Verbandes gewann immer mehr Boden und habe so bei den Prinzipalen kein geringes Ansehen erlangt als eine Organisation, mit der jedenfalls zu rechnen sei. Wenn der 1896er Tarif in Rheinland-Westfalen nur von 18 Druckerereien freiwillig anerkannt wurde, so könne heute konstatiert werden, daß 300 Firmen denselben eingeführt hätten, wodurch die Zahl im übrigen Deutschland auf dreieinhalb Tausend Geschäfte mit 34000 Gehilfen gestiegen sei. Ein solches Resultat wäre aber nur zu erreichen, wo eine starke Arbeiterorganisation bestände, welche hier der Verband der Deutschen Buchdrucker sei. Auf die letzten Tarifverhandlungen zurückgreifend, führte der Redner die Verbesserungen für unsern Bezirk an, welche den Neuh Buchdruckern ebenfalls zu gute kommen, gewiß ein Anlaß, den Bestreben eines erdlichen Solidaritätsgefühls sich nicht zu

**Berichtlesen und unserer Organisation beizutreten.** Mit einem Appell an die Mitglieder, in der Agitation für den Verband und den Tarif nicht zu erlahmen, schloß Kollege Müller seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Vorsitzende wie der Kollege Blum widmeten dem anwesenden Geschäftsführer der oben erwähnten Buchdruckerei einige persönliche Worte, mit der Hoffnung, daß derselbe dahin wirken möge, daß der Tarif in seiner Druckerei am 1. Januar 1902 eingeführt würde, um so bahnbrechend für denselben wie für die übrigen Buchdrucker zu wirken, welche ihrerseits aber nicht vergessen sollten, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker jener Faktor sei, durch dessen Intentionen bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse erreicht wurden und für den 1. Januar 1902 in Aussicht ständen; es sei Ehrensache, das Ertrügnis zu unterstützen und zu erhalten, und sei solches nur im Vereine mit den übrigen Mitgliedern des Verbandes möglich. Nachdem der anwesende Geschäftsführer sein Interesse für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kundgethan, wurde die Versammlung geschlossen.

**r. Offen.** 78 von über 200 Kollegen besuchten die am 30. November abgehaltene Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins, in welcher der königliche Gewerbeinspektor, Herr Würfler, einen hochinteressanten und belehrenden Vortrag über die Bundesratsbestimmungen im Buchdruckgewerbe hielt. Nach einer genauen Erläuterung der einzelnen Bestimmungen wies Redner besonders auf die häufigen Krankheiten hin, die durch Nichtbeachtung der Bestimmungen hervorgerufen bzw. gefördert würden, wie Keuchhusten und Schwindel. Diese Krankheiten, ihr Entstehen, ihre Symptome und ihre Folgen schilderte Redner eingehend und ermahnte die Gehilfen eindringlich, auf strenge Durchführung und Innehaltung der Vorschriften zu achten. Leider begegnete man vielfachem Unverständnis oder Mangel an gutem Willen auf Seiten der Prinzipale wie Gehilfen. Der Prinzipal sagte: „Ich kann mich doch nicht darum kümmern, ob der Gehilfe mit gewaschenen oder ungewaschenen Händen sein Frühstück- oder Beiprodukt verzehrt, ob er in oder neben dem Spucknapf spuckt.“ Der Gehilfe sagte: „Was geht dem Kerle das an, ob ich mich wasche oder nicht, ebenso spucke ich hin, wo mir's beliebt. Das ist meine Sache!“ Demgegenüber wolle Redner bemerken, daß es unbedingte Pflicht des Prinzipals sei, wenn nicht selbst, so doch durch beauftragte Personen darauf zu achten, daß die Vorschriften befolgt würden und im ureigensten Interesse des Gehilfen liege es, dieselben zu befolgen. Nach zweistündiger Rede schloß der Referent seine Ausführungen unter dem Danke der Versammlung. — Hierauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein und machte der Vorsitzende Schöred Mitteilung von dem Tode des Kollegen Deisenich, dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. — Weiterhin gelangte Zirkular V des Gewerbestandes zur Verlesung. — Aufgenommen wurden 9 Kollegen. — Punkt 3 der Tagesordnung beschäftigte sich mit einem Antrage des Vereins Gewerkschaftshaus: „Der Essener Buchdruckerverein erklärt seinen Beitritt zum genannten Vereine bei Zahlung eines Beitrages von 5 Pf. pro Woche und Mitglied.“ Kollege Schöred verlas den Antrag und bemerkte gleichzeitig sehr treffend, daß das Gewerkschaftsstatut wieder einmal die Buchdrucker nötig habe und deshalb den Weg zu ihnen gefunden hätte. Der Vorsitzende des Vereins Gewerkschaftshaus begründete den Antrag und bemerkte, das Gewerkschaftsstatut und der Verein Gewerkschaftshaus seien verschiedene Dinge. In der folgenden Diskussion ließ jedoch Kollege Müller den letzten Einwand nicht gelten und legte den Unterschied zwischen diesen beiden Dingen so dar, daß an der Identität derselben nicht zu zweifeln war, wenn auch der Name und sonstige Nebensächlichkeiten verschieden seien. Obwohl in der weiteren Diskussion sämtliche Redner dem Antrage im Prinzip höchst unsympathisch gegenüberstanden, so glaubte man doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Sache näher treten zu dürfen und so beschloß die Versammlung einstimmig nachstehende Resolution des Kollegen Müller: Die Versammlung verlangt vom Gewerkschaftsstatute erst die Aufhebung des Boykotts über den Beobachter, ehe sie in eine Diskussion über die Beteiligung am Vereine Gewerkschaftshaus eintreten kann. (Zum bessern Verständnis des vorstehenden wollen wir beifügen, daß anlässlich der Reichstagswahl im Jahre 1893 das hiesige Gewerkschaftsstatut als solches unter Bruch des Neutralitätsprinzips den hiesigen Allgemeinen Beobachter boykottierte, weil dieser für den freikonservativen Kandidaten Krupp eintrat, während die sozialdemokratische Partei das Zentrum unterstützte. Hierauf zogen die Buchdrucker ihre Delegierten zurück. Bei der Ersatzwahl in Duisburg, im August d. J. vertrat die hiesige Partei genau denselben oder einen noch schlimmeren Standpunkt wie der Beobachter 1898 und unterstützte den Großindustriellen Dr. Neumer gegen das Zentrum.) — Zur Arrangierung des Faltnachschiffes wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Siepmann, Schmachtenberg, Ernst, Mahsen und Becker. Der vorgerückten Zeit wegen vertagte die Versammlung die übrigen Punkte der Tagesordnung und schloß der Vorsitzende die Versammlung gegen 1/2 1 Uhr.

**H. Hannover.** Die am 2. Dezember im Vereinstalale stattgefundene Mitgliederversammlung erfreute sich infolge ihrer wichtigen Tagesordnung eines sehr guten Besuchs. Unter Vereinstalale gab der Vorsitzende kritische zwei Aufnahmeforschung und zwei Auslässe be-

kannt und teilte ferner mit, daß sich drei Kollegen vom Verufe abgemeldet, aber um fernere Befassung ihrer Mitgliedschaft hätten. Sodann referierte der Vorsitzende über den Konflikt in der Klindworth'schen Druckerei (Inhaber: Verh. Pokrant). Schon von jeher sind die Zustände in der Maschinenfabrik dieser Firma nicht die rosigsten gewesen, aber seit dem Austritte des Obermaschinenmeisters Zielinski aus Posen überschritten die Schikanierungen und Drangsalierungen des Personales alles bisher Dagewesene. Die nächste Folge war ein ganz kolossaler Wechsel der Maschinenmeister, traten doch beispielsweise in einer Woche bei einem Personale von 12 Maschinenmeistern fünf aus und fünf in Kondition, in einer Druckereiverammlung wurde konstatiert, daß, außer zwei dort gelehrten, der älteste Maschinenmeister noch keine sechs Wochen in Kondition stand. Hierbei ist zu bemerken, daß fast sämtliche Maschinenmeister von weißer kamen, größtenteils aber nach kurzer Frist wieder entlassen und dann gewöhnlich ohne Subsidienmittel dastanden. Vorladungen des Zielinski vor den Vorstand und vor eine Druckereiverammlung endeten mit negativem Erfolge, da J. stets den Sachverhalt in das Gegenteil verkehrte und seine Handlungsweise als sein gutes Recht ansah, seine ständige Lebensart war, der Prinzipal wird mich schon z'ammenstauchen, wenn ich nicht so vorgehe. Die Vorkommnisse hier alle einzeln aufzuführen, dazu würde der Raum des Corr. nicht ausreichen und sei daher nur der traurige Fall, welcher dem J. den Boden austieß, erwähnt. J. ließ sich nämlich eines Tages hinreißend, ein Anlegerin zu schlagen. Auf dieses hin erklärten sich Maschinenmeister und Anlegerinnen solidarisch und verlangten vom Prinzipale die Entlassung J.s. Nach längeren Verhandlungen und nachdem der Prinzipal die Beschwerden des Personales untersucht hatte, wurde J. gekündigt, seines Postens als Obermeister sofort entbunden und ihm eine Maschine zur Bedienung überwiesen und hat er auch die Druckerei bereits inzwischen verlassen. Seit dieser Zeit schienen sich die Verhältnisse bei Klindworth wieder gebessert zu haben und sind Entlassungen nicht mehr erfolgt. Der Vorsitzende bemerkte noch hierzu, man könne an diesem Vorfalle sehen, daß selbst in dieser schlechten Zeit durch einfaches Vorgehen und durch die Organisation etwas zu erreichen wäre und er hoffe ferner, daß man auch in Zukunft mit dem Hilfspersonal mehr Hand in Hand gehen werde. Gegen den J. ist wegen seines verbandswidrigen Verhaltens und wegen dessen der Antrag auf Ausschluß gestellt und bereits erfolgt. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit dem Besuche des hiesigen Maschinenmeistervereins in der Farbenfabrik von Jäncke & Schneemann und dem hierauf Bezug habenden Bericht im Corr. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Inhaber der Farbenfabrik zugleich die Inhaber der Hofbuchdruckerei Gebr. Jäncke seien und daß wir allen Anlaß hätten, für diese Firma keine Reklame zu machen. Er behauptete das Vorgehen des Maschinenmeistervereins und erinnerte die Kollegen daran, daß seitens der Firma alles versucht werde, um Verbandsmitglieder aus dem Geschäft fernzuhalten bzw. zu entfernen. Die Mahregelung unserer Mitglieder wegen angeblicher Agitation im Geschäft, die Forderung des Unterschreibens vierteljährlicher Kontrakte, der Zwang zum Beitritte zur Prinzipalskasse usw. seien alles Mittel zur Bekämpfung des Verbandes, die seit Jahren geübt würden. So seien bekanntlich erst vor kurzem anlässlich der Einführung zweier Sezmajchinen drei Kollegen entlassen worden, die 13, 6 und 3 Jahre im Geschäft, trotzdem eine ganze Reihe jüngerer Leute später ins Geschäft eingetreten sind. Auf Vorstellung habe damals der eine Chef erklärt: „Ich kann doch die Leute nicht entlassen, mit denen ich Kontrakt habe!“ Also, trotzdem das Tarifamt diese Kontrakte für tarifwidrig und ungültig erklärt habe, bestehe die Firma doch darauf. Die Entlassenen freilich seien Verbandsmitglieder gewesen, hätten die Kontrakte nicht unterschrieben und gehörten der Prinzipalskasse nicht an. Besonders auf letztere lege die Firma jetzt besonderes Gewicht und von jedem anfangenden oder aussernden Gehilfen werde der Beitritt zur Prinzipalskasse verlangt. Daß Verbandsmitglieder außer den Verbandssteuern sich nicht noch 75 Pf. pro Woche für die Prinzipalskasse leisten können, weiß die Firma nur zu gut — und so erreicht sie ihren Zweck und hält unsere Mitglieder ihrem Geschäft fern. Freilich besteht ein Abkommen zwischen Prinzipalverein und Verband dahin, daß von seiner Seite ein Zwang ausgeübt werden soll, aber darum kümmert sich die Firma anscheinend nicht. So erklärte vor einiger Zeit ein junger Kollege, aus der Prinzipalskasse austreten zu wollen. Ein paar Minuten darauf hatte er seine Kündigung — weil er nicht 10 Pf. zu einem Kranze für einen verstorbenen Invaliden (N. u. Z.) gezehnet hatte. Ein anderer Kollege erklärte ebenfalls seinen Austritt aus der Prinzipalskasse. Auch er erhielt seine Kündigung. Als dieser seinen Austritt zurücknahm, konnte er wieder bleiben. Von einzelnen Kollegen habe die Firma direkt verlangt, sie sollten aus dem Verbandssteuern; sie sind dem Verlangen nachgekommen. Alle diese Vorkommnisse aber seien den Kollegen bekannt gewesen und deshalb sei es unverfänglich, daß sich die hiesigen Maschinenmeister dazu hergeben haben, für diese Firma Reklame zu machen. In solchen Fällen sei es besser, wenn man seine technischen Kenntnisse auf andere Weise zu bereichern suche, als einer Firma Reklame-material zu bieten, die doch alles andre eher verdiene als die Unterstützung unserer Kollegen. Seitens der Maschinenmeister wurde angeführt, daß es ihnen fern

gelegene habe, für die Firma Reklame zu machen, es sei ihnen lediglich darum zu thun gewesen, das sogenannte Dettleffische Zurückverfahren kennen zu lernen, wozu ihnen eben nur dort Gelegenheit geboten war. Auch sei ihnen vorher bestimmt versichert worden, daß an eine Bewirtung nicht zu denken sei, und so glaubten sie das Angebot des Herrn Jäncke wohl annehmen zu können. Allerdings mußten sie zugeben, daß es besser gewesen wäre, wenn der Besuch unterblieben und die Danfagung im Corr. nicht erfolgt wäre, da sie ebenfalls der Ueberzeugung, daß die Firma Jäncke erst dem Verbandsgegenüber auftreten müsse, ehe sie auf die Unterstützung der Maschinenmeister rechnen könne. Es sprachen zur Sache noch eine ganze Anzahl Redner, sämtlich im Sinne der angeführten beiden Ansichten. Nachdem nun noch von verschiedenen Seiten in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit ein ausführlicher Bericht im Corr. gewünscht worden war, fand Schluß über diese Sache statt. Der nächste Punkt, Tarifliches, wurde nach kurzer Debatte bis zur nächsten Versammlung vertagt, welche inzwischen (am Montag den 9. Dezember) stattgefunden hat. Zum 3. Punkte: Beschlußfassung über das Weihnachtstfest, wurde das Programm bekannt gegeben und auf Antrag aus der Versammlung beschlossen, dieses Jahr 4 Mk. (statt sonst 3 Mk.) an jeden Konditionslohn und Durchreisenden zu zahlen. Nach Erledigung einiger Anfragen schloß der Vorsitzende um 11 1/2 Uhr die sehr anregend verlaufene Versammlung. — Unser Bibliotheks-katalog ist in neuer Bearbeitung erschienen. Derselbe, vom Kollegen Max Müller ausgearbeitet, weist in klarer und übersichtlicher Fassung über 2500 Bände auf.

**Birmasens.** Zu der in dem Berichte über die kürzlich in Düsseldorf abgehaltene Versammlung der Maschinenmeister-Vereinigung Rheinland-Westfalens (s. Nr. 131 des Corr.) enthaltenen Notiz, wonach in Zweibrücken ein Maschinenleger bei einer Leistung von 6000 Buchstaben einen Lohn von 10 Mk. ohne freie Station beziehe, wird von der Mitgliedschaft Zweibrücken wahrheitsgetreu befundet, daß hier ein grober Unfug seitens eines (wahrscheinlich durchgereisten) Kollegen vorliege, der geeignet sei, nicht nur den ganzen Ortsverein, sondern auch die in Frage stehende Firma — Zweibrücker Aktien-druckerei, G. m. b. H. — in ein zweifelhaftes Licht zu stellen. Zu der Angelegenheit selbst sei bemerkt, daß der erwähnte, in fraglicher Zeit noch im Lehrverhältnisse stehende Maschinenleger bis zur beendigten Lehrzeit am 1. Oktober d. J. obigen Lohn von 10 Mk. erhielt, alsdann aber sofort sich zum Verbandsmitglied und zur Zeit auswärts zu tariflichen Bedingungen arbeitete. — Gleichzeitig sei aber zur Ehre der mit angezogenen Aktien-druckerei Zweibrücken konstatiert, daß solche schon seit Wochen ihrem Personale die Vergünstigungen des neuen Tarifses freiwillig gewährt, also von einer untariflichen Entlohnung nicht die Rede sein kann. — Dieser Vorfall zeigt, wie notwendig es ist, daß die in Versammlungen fallenden Aeußerungen zweifelhafter Gewährsmänner erst näher geprüft werden sollten, ehe solche entstellte Berichte an die Deffentlichkeit gelangen. Bezirksverwaltung Birmasens-Zweibrücken.

### Berichtigungen.

Nachdem die Einsendung des Kollegen M. Schr. aus Stuttgart — in Nr. 142 des Corr. abgedruckt — schon in dem Stuttgarter Schriftführer (s. Corr. Nr. 144) einen Berichtiger gefunden, erhalten wir jetzt noch eine Zusendung vom Würtembergischen Gewerbestat, Kollegen Feuerstein, in welcher gleichfalls die Aufrechnung der für Stuttgart in Betracht kommenden prozentualen Erhöhung des ersten bestritten wird. Kollege Feuerstein hält vielmehr an den in der Mitgliederversammlung vom 9. November (s. Nr. 138 des Corr.) gemachten Angaben fest bzw. ergänzt die letzteren durch einige weitere Beispiele.

Die Freisinger Kollegen senden gleich zwei Berichtigungen gegen die Nürnberger Korrespondenz des Kollegen Beschmidt in Nr. 144 des Corr. Erstere hatten in einer Resolution (s. Corr. Nr. 142) von „leichtfertiger Berichterstattung eines Nürnberger Referenten“ gesprochen, wogegen sich B. — als von diesem Vorwurfe betroffen — verwehrte. Die Freisinger Kollegen wollen nun festgestellt wissen, daß in dem mehrfach erwähnten Briefe gestanden habe: „erfahrungsgemäß streben die besseren Kräfte der Provinz zu, während die Provinz mit den minderwertigen vorlieb nehmen müßte“, woraus dann die falsche Schlussfolgerung gezogen sei, Freising beherberge lauter minderwertige Gehilfen.

Wie die Leser hieraus ersehen, handelt es sich um die Frage „Wer hat recht?“ Da aber im Corr. dies niemals entschieden werden kann, vielmehr nur ein Rattenkampf von „Erwiderungen“, „Berichtigungen“ usw. usw. zu stande kommt, wäre es in Zukunft doch sehr erwünscht, solche Meinungsdivergenzen in den Versammlungen auszutragen, dort sicher auch eher eine Klärung und Verständigung erzielend. Es spricht uns auch nicht von sachlichen Beweggründen, wenn der Redaktion peinlichst ausgerechnet wird, daß eine Korrespondenz 14 Tage hier „gerührt“ habe, während eine darauf eingegangene Erwiderung schon 4 Tage nach Empfang Aufnahme gefunden. Man ist — wie dieses Beispiel beweist — gern bemüht, den Splitter im Auge des Nachbarn zu finden, nach dem dem Balken im eignen darf nicht gesehen werden.